

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits-
und Gleichstellungsausschusses am 17.01.2019**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal Marktplatz 2 06108 Halle (Saale)
Zeit:	16:33 Uhr bis 18:27 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt

Bernhard Bönisch

Andreas Schachtschneider

Dr. Hans-Dieter Wöllenweber

Dirk Gernhardt

Thomas Schied

Annika Seidel-Jähnig

Kay Senius

Dennis Helmich

Dr. Regina Schöps

Dr. Tarek Ali

Manfred Czock

Norwin Dorn

Igor Matviyets

Satenik Roth

Jan Röttschke

Susanne Willers

Annette Wunderlich

Ausschussvorsitzende,

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen,

Teilnahme bis 18:20 Uhr

Fraktion MitBÜRGER

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Seniorenrat

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner,

Teilnahme bis 17:13 Uhr

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow

Susanne Wildner

Dr. Christine Gröger

Jörg Baus

Lisa Sikorski

Beigeordnete für Bildung und Soziales

Gleichstellungsbeauftragte

Fachbereichsleiterin Gesundheit

amt. Fachbereichsleiter Bildung

stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue

Dr. phil. Jeannette Drygalla

Helga Schubert

AfD Stadtratsfraktion Halle

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 3.2

Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.12.2018

→ **liegt noch nicht vor**

TOP 5.1

Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadt seniorenvertretung Stadt Halle e.V.

Vorlage: VI/2018/04148

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **Antrag wurde im Stadtrat am 19.12.18 behandelt und dem wurde mehrheitlich zugestimmt**

TOP 5.3

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fachkräften (Familienhebammen und Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen) innerhalb der Bundesinitiative Frühe Hilfen

Vorlage: VI/2018/04557

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **im JHA 10.01.19 als erledigt erklärt**

Sie bat darum, den Tagesordnungspunkt 7.1 vor den Beschlussvorlagen zu behandeln.

Weiterhin wies **Frau Haupt** auf die Beachtung des Mitwirkungsverbotes zum TOP 4.1 hin.

Frau Haupt informierte, dass die Niederschrift vom 08.11.2018 vertagt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. *Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift*
- 3.1. *Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.2018* vertagt
- 3.2. *Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.12.2018* vertagt
- 7.1 Information des Jobcenter zur Zehnten Änderung SGB II - Gesetz zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (Teilhabechancengesetz)
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2019
- Pflichtiger Bereich -
Vorlage: VI/2018/04460
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. *Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadt seniorenvertretung Stadt Halle e.V.*
Vorlage: VI/2018/04148 abgesetzt
- 5.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“
Vorlage: VI/2018/04474
- 5.3. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fachkräften (Familienhebammen und Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen) innerhalb der Bundesinitiative Frühe Hilfen*
Vorlage: VI/2018/04557 abgesetzt
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU), Vorlage: VI/2018/04714
7. Mitteilungen
- 7.2. Fortschreibung „Schlüssiges Konzept“ Kosten der Unterkunft und Heizung
- 7.3. 100 Jahre Frauenwahlrecht
- 7.4. Vorstellung Projekt Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1 Themenspeicher

zu 7.1 Information des Jobcenter zur Zehnten Änderung SGB II - Gesetz zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (Teilhabechancengesetz)

Herr Kaltofen informierte anhand einer Präsentation zum Teilhabechancengesetz – Chancen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Wunderlich fragte, ob der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung auch Stellen benötigt.

Herr Kaltofen sagte, dass entsprechende Bedarfe gemeldet wurden.

Herr Czock fragte, ob auch Menschen mit Behinderungen zur Einstellung vorgesehen sind.

Herr Kaltofen antwortete, dass auch bei diesem Personenkreis dieses Instrument angeboten wird. Es ist aber mitunter nicht das lukrativste Angebot für die Schwerbehinderten. Es gibt bisweilen schon die Möglichkeit bis zu fünf Jahren Entgeltforderungen vorzunehmen. Erfahrungsgemäß finden die klassischen Eingliederungszuschüsse, ergänzt mit Landesförderung und Angebote des Integrationsamtes Anwendung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2019 - Pflichtiger Bereich - Vorlage: VI/2018/04460**

Frau Haupt wies einführend darauf hin, dass der Haushalt der Stadt Halle (Saale) für 2019 im Rat am 19.12.2018 beschlossen wurde, aber noch nicht vom Landesverwaltungsamt bestätigt ist. Die heutige Beratung und Entscheidung ist unter Vorbehalt zu sehen.

Sie wies noch einmal auf das Mitwirkungsverbot einzelner Ausschussmitglieder hin und bat um Beachtung und Anzeige.

Herr Dorn, Frau Roth, Herr Czock und Herr Ali nahmen im Zuschauerbereich Platz.

Frau Haupt machte deutlich, dass die Vorschläge der Verwaltung zu einzelnen Trägern noch einmal überarbeitet wurden. Sie würde die Korrektur bei den jeweils betroffenen Trägern ansagen.

Frau Brederlow stellte aufgrund einer Nachfrage von Herrn Schachtschneider klar, dass nur die beantragte Summe bewilligt werden kann. In den Fällen, wo eine höhere Beantragung vorliegt ist als Grundlage die Antragssumme zu nehmen.

Herr Schachtschneider sagte, dass jeder Verein über eine Förderung glücklich ist. Mitunter haben die Vereine aber nicht den Mut höhere Beantragungen einzureichen. Er sagte, dass die Verwaltung diesen Vereinen erläutern sollte, dass die Möglichkeit und das Recht dazu bestehen.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung ein klares Budget zur Verfügung hat. Man kann die Träger nicht dazu animieren höhere Beantragungen einzureichen. Als Träger ist man im Gegenzug auch in der Pflicht, sich zu informieren.

Herr Bönisch bezog sich auf die Zielgruppe Schuldnerberatung und sagte, dass die Fallzahlen sehr unterschiedlich sind. Mitunter gibt es deutlich höhere Beantragungen für 2019 als eine Förderung 2018 stattgefunden hat. Er fragte, wie die Verwaltung damit umgehen möchte. Er halte es für ein falsches Verfahren, jeder höheren Beantragung einfach zuzustimmen.

Frau Haupt rief den ersten Bereich auf:

Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten

Träger	Antrag 2019 in Euro	Vorschlag 2019 in Euro	neuer Vorschlag der Verwaltung aufgrund einer neuen Beantragung (in Euro)	Abstimmungsergebnis
Evangelischer Kirchenkreis	86.300,00	86.300,00		einstimmig zugestimmt
Evangelische Stadtmission	143.408,49	129.170,00	143.400,00	einstimmig zugestimmt
Allgemeiner Behindertenverband	27.800,00	27.800,00		einstimmig zugestimmt
AIDS-Hilfe	39.350,00	39.350,00		einstimmig zugestimmt
Telefonseelsorge	33.430,00	33.430,00		einstimmig zugestimmt
Ausländerbeirat	5.000,00	5.000,00		einstimmig zugestimmt
Seniorenrat	28.980,00	24.000,00	28.980,00	einstimmig zugestimmt
Stiftung Volkssolidarität 1990	100.000,00	90.000,00	100.000,00	einstimmig zugestimmt
Volkssolidarität Landesverband	16.550,00	16.550,00		einstimmig zugestimmt
VS LV	16.300,00	16.300,00		einstimmig zugestimmt
Bürgerladen e.V.	15.000,00	10.000,00	15.000,00	einstimmig zugestimmt
DPWV Selbsthilfekontaktstelle (Antrag für 3 Jahre)	117.997,58 (38.365,40 für 2019)	38.360 €	117.998,00 (für 3 Jahre)	einstimmig zugestimmt

Frau Haupt sagte, dass die vom Tisch Getretenen nun wieder an der Abstimmung teilnehmen können.

Träger	Antrag 2019 in Euro	Vorschlag 2019 in Euro	neuer Vorschlag der Verwaltung aufgrund einer neuen Beantragung	Abstimmungsergebnis
--------	---------------------------	------------------------------	--	---------------------

			(in Euro)	
Jugendwerkstatt Frohe Zukunft	114.640,58	112.690,00	114.640,00	einstimmig zugestimmt
Stadtinsel	90.000,00	90.000,00		einstimmig zugestimmt

Bezüglich der vor der Abstimmung gestellten Anfrage von Herrn Bönisch zu den Fallzahlen antwortete **Frau Winter**, dass jeder Träger ein unterschiedliches Lohngefüge hat.

Bei Courage e.V. gab es in den letzten fünf Jahren keine Anpassung der Personalkosten. Im Rahmen der neuen Insolvenzordnung wird die Insolvenz nun anders bezuschusst. In diesem Rahmen wurden die Personalkosten angepasst.

Die Unterschiede bei den Fällen erklären sich damit, dass beim Träger Humanistischer Regionalverband eine Kollegin begleitend ein Studium absolviert. Dies und eine längere Erkrankung der Leiterin führen zum Rückgang der Fallzahlen.

Beim Träger Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale gibt es einen neuen Finanzierungsplan. Es gibt einen neuen Finanzierungsantrag in Höhe von 157.550,00 Euro.

Bei den beiden Trägern Courage e.V. und Humanistischer Regionalverband arbeiten je zwei Mitarbeiter im Bereich Verbraucher- und Insolvenzberatung. Beim Träger Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale bearbeiten fünf Mitarbeiter diesen Bereich.

Herr Bönisch sagte, dass es verwunderlich ist, dass die Unterschiede derart hoch sind.

Herr Baus sagte, dass man die Gesamtfinanzierung im Blick haben sollte. Gefördert wird immer nur anteilig.

Frau Brederlow verwies auf die Angabe der Gesamtfinanzierung in der Anlage. Diese ist bei allen drei Trägern nicht wesentlich unterschiedlich. Die Unterscheidung trifft eher bei den Drittmitteln zu. Aus diesem Grund ist der städtische Anteil bei den Trägern Humanistischer Regionalverband und Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale so hoch.

Herr Helmich regte an, sich im Ausschuss zur Thematik Schuldnerberatung noch einmal intensiver zu verständigen.

Frau Haupt rief zur Abstimmung auf.

Leistungen SGB II, § 16a

Träger	Antrag 2019 in Euro	Vorschlag 2019 in Euro	neuer Vorschlag der Verwaltung aufgrund einer neuen Beantragung (in Euro)	Abstimmungsergebnis
Courage e.V.	78.654,95	63.580,00	78.650,00	einstimmig zugestimmt
Humanistischer Regionalverband	129.150,21	128.880,00	129.150,00	einstimmig zugestimmt

Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale	178.645,38 neuer Antrag: 157.550,00	162.900,00		einstimmig zugestimmt
---	---	-----------------------	--	------------------------------

Frau Winter sagte, dass, vorbehaltlich des genehmigten Haushaltes, 20.000,00 Euro noch zur Verfügung stünden. Einige Träger haben bereits signalisiert, noch einmal Anträge zu stellen. Die Verwaltung würde diese Anträge erneut zusammenstellen und im Ausschuss dann entsprechend vorstellen.

Frau Haupt fuhr fort und verwies auf die Anlage 3 - Bereich Suchtberatungsstellen. Es gibt bei den Trägern AWO und Evangelische Stadtmission e.V. eine Änderung. Erst in der vergangenen Woche hat die AWO ihren Finanzierungsplan überarbeitet. Beantragt werden nun 195.626,14 Euro.

Träger	Antrag 2019 in Euro	Abstimmungsergebnis
AWO	195.626,14	einstimmig zugestimmt
Evangelische Stadtmission e.V.	170.709,96	einstimmig zugestimmt
Der Paritätische drobs Halle	288.700,00	einstimmig zugestimmt
Suchtpräventionsfachstelle (wenn das Land finanziert)	62.100,00	einstimmig zugestimmt

Frau Brederlow sagte noch einmal klar, dass die Verwaltung zum diesem Zeitpunkt die zweite Suchtpräventionsfachstelle nicht befürwortet.

Frau Dr. Schöps kritisierte, dass die Verwaltung vorab die neuen Antragssummen nicht digital zur Verfügung gestellt hat.

Frau Brederlow stimmte dem zu und sagte, dass dies künftig besser vorbereitet wird.

Frau Haupt beendete diesen Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt nach Änderungen**

Beschluss:

1. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die in den Anlagen 1 und 2 ausgewiesenen Fördersummen für das Haushaltsjahr 2019, die Bestandteile der Produkte 1.31151 und 1.31220 sind.
2. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Förderung der Selbsthilfekontaktstelle mit einer Laufzeit von 3 Jahren zu.
3. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die in der Anlage 3 ausgewiesenen Fördersummen für die Suchtberatung und Fachstelle Suchtprävention für

das Haushaltsjahr 2019. Sie sind Bestandteil des Produktes 1.41431.

Die Fördermittel werden unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplanes 2019 durch das Landesverwaltungsamt und der Landeszuweisung laut Familienberatungsförderungsgesetz (FamBeFöG) Land Sachsen-Anhalt bestätigt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ Vorlage: VI/2018/04474

Frau Dr. Schöps sagte, dass der Antrag zur letzten Sitzung vertagt wurde, da die Verwaltung sich informieren wollte, welche Möglichkeiten es gibt. Eine vereinbarte Absprache mit der Verwaltung fand leider vorab nicht statt, sondern unmittelbar vor Beginn der heutigen Sitzung. Die Verwaltung habe einen Vorschlag für eine Änderung des Antrages.

Frau Wildner bat um Entschuldigung, dass in der Zwischenzeit kein Austausch stattfand. Die Verwaltung schlägt folgende geänderte Formulierung vor: „Zu diesem Zweck soll die Stadtverwaltung die Startphase koordinieren und einen Projektträger gewinnen.“

Sie sagte, dass die Verwaltung den Prozess nicht alleine vollziehen wird. Auch in anderen Städten ist die Idee, dass die Kampagne durch einen Freier Träger begleitet und vollzogen wird. Es sollte ein Träger sein, der im Bereich „Gewaltprävention gegen Frauen“ tätig ist, um auch eine nachfolgende Beratung sicherstellen zu können.

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle diesen Vorschlag übernehmen wird. Sie verlas mit Hilfe der Verwaltung den geänderten Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt **die Koordinierung der Stadtphase, die der in einer Vielzahl deutscher Städte durchgeführte Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ in der Stadt Halle (Saale) zu übernehmen und einen Freien Träger zur Implementierung zu gewinnen zu—etablieren.** Zu diesem Zweck soll die Stadtverwaltung, als koordinierende Stelle, Kneipen, Clubs, Cafés und Restaurants im gesamten Stadtgebiet als teilnehmende Partner gewinnen, um gemeinsam die Kampagne im 1. Quartal 2019 zu starten. Die angemessene fachliche Betreuung von Betroffenen soll gegebenenfalls in Kooperation mit Frauenberatungsstellen in Halle (Saale) gewährleistet werden. Die Stadt Halle (Saale) übernimmt die Kosten für die Übernahme des Corporate Designs und der Handlungsleitfäden für teilnehmende Betriebe.*
2. *Über den Stand der Umsetzung wird im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss regelmäßig informiert.*

Herr Schachtschneider sagte, dass die geringen entstehenden Kosten auch von den Kneipen, Clubs etc. getragen werden könnten.

Frau Wildner sagte, dass man einheitlich in allen Städten agieren möchte. Sollte es tatsächlich zu Problemen kommen, kann man noch einmal darüber befinden.

Herr Bönisch sagte, dass der Beschlussvorschlag nicht rund ist.

Daraufhin sagte **Frau Dr. Schöps**, den Antrag vertagen zu wollen und einen ordentlich formulierten Antrag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in einer Vielzahl deutscher Städte durchgeführte Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ in der Stadt Halle (Saale) zu etablieren. Zu diesem Zweck soll die Stadtverwaltung, als koordinierende Stelle, Kneipen, Clubs, Cafés und Restaurants im gesamten Stadtgebiet als teilnehmende Partner gewinnen, um gemeinsam die Kampagne im 1. Quartal 2019 zu starten. Die angemessene fachliche Betreuung von Betroffenen soll gegebenenfalls in Kooperation mit Frauenberatungsstellen in Halle (Saale) gewährleistet werden. Die Stadt Halle (Saale) übernimmt die Kosten für die Übernahme des Corporate Designs und der Handlungsleitfäden für teilnehmende Betriebe.
2. Über den Stand der Umsetzung wird im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss regelmäßig informiert.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fachkräften
(Familienhebammen und Familien-, Gesundheits- und
Kinderkrankenpfleger*innen) innerhalb der Bundesinitiative Frühe Hilfen
Vorlage: VI/2018/04557**

Herr Helmich sagte, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss als erledigt erklärt wurde. Daraufhin wurde dieser offiziell zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anzahl der tätigen Fachkräfte (Familienhebammen sowie Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen) innerhalb der Bundesinitiative Frühen Hilfen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.
- ~~2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die den Fachkräften zur Verfügung stehenden Kapazitäten der Räumlichkeiten zu prüfen und ggf. dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.~~

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) Vorlage: VI/2018/04714

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Antwort der Verwaltung erst am heutigen Tag den Mitgliedern zugegangen ist. Eventuelle Nachfragen würden dann später erfolgen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Fortschreibung „Schlüssiges Konzept“ Kosten der Unterkunft und Heizung

Herr Baus informierte zur Fortschreibung „Schlüssiges Konzept“ - Kosten der Unterkunft und Heizung. Seine Ausführungen orientierten sich an den Anfragen der Fraktion MitBürger zum heutigen Tagesordnungspunkt 6.1.

Anmerkung: Eine entsprechende Antwort der Verwaltung ist am TOP 6.1 hinterlegt.

Herr Baus beantwortete anschließend noch eine Nachfrage von Frau Dr. Schöps zum Thema „Bruttowarmmiete“ und von Herrn Schachtschneider zu größeren Wohnungen. Zur Bruttowarmmiete führte er aus, dass dies zwar theoretisch gut ist, praktisch aber nicht durchführbar, da die Lage der Wohnung im Haus bzw. auch das individuelle Heizverhalten für den Verbrauch mitentscheidend sind. Er beobachte aber die Entwicklung. Bei zu großen Wohnungen erfolgt eine Einzelfallentscheidung. Das trifft aber kaum zu. Ab 6 Personen orientiert man sich am Wohngeld

zu 7.3 100 Jahre Frauenwahlrecht

Frau Wildner teilte den Mitgliedern ein Handout aus und informierte zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“.

Anmerkung: Das Dokument ist in Session hinterlegt.

zu 7.4 Vorstellung Projekt Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt

Frau Wildner sagte, dass es seit Herbst das Projekt Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt gibt. Träger ist die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft, welche eine Beratungsstelle in Halle (Große

Steinstraße) und eine in Magdeburg anbieten wird. Die Beratungsstelle Halle wird ab März die Arbeit aufnehmen. Alles Weitere ist derzeit in Vorbereitung. Geplant ist die Tätigkeit bis Juni 2022.

zu 7.5 Information zur Anpassung der Regelsätze

Herr Baus informierte, dass die Regelsätze für Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung um 2,02 % zum 01.01.2019 angepasst wurden. Der finanzielle Mehrbedarf beläuft sich auf ca. 36.000 Euro für die Stadt Halle (Saale). Er merkte an, dass Asylbewerber hier nicht inbegriffen sind. Diese haben Anspruch auf Leistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz aus dem Jahr 2016. Diese Werte werden bzw. wurden nicht angepasst. Beträgt der Regelsatz für einen Alleinstehenden 424 Euro – ein Plus von 8 Euro – bleibt es für den Asylbewerber bei 354 Euro.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Czock zu örtlichen Teilhabemanagern

Herr Czock sagte, die Kenntnis zu haben, dass seit Herbst vorigen Jahres örtliche Teilhabemanager eingeführt wurden. Er bat um Erläuterung deren Aufgaben.

Frau Haupt sagte, dass dies bereits im Ausschuss thematisiert wurde.

Das Thema kann im Rahmen des Teilhabemanagements nochmals erörtert werden.

zu 8.2 Anfrage Frau Haupt zum Opferentschädigungsrecht

Frau Haupt fragte, wo sich Bürger hinwenden könnten bezüglich der Thematik Opferentschädigungsrecht.

Es wurde festgestellt, dass dies die Kommune nicht betrifft.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Frau Haupt sagte, dass die Thematik Schuldnerberatungsstellen mit in den Themenspeicher aufgenommen wird.

Frau Haupt beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Lisa Sikorski
stellvertretende Protokollführerin